

KOMMENTARE

Zu spät

Peter Mlodoch
zum Netzausbau für Nordsee-Strom

Nach Jahren der Scharmützel und gegenseitigen Vorwürfe scheinen sich der Netzbetreiber TenneT auf der einen sowie deutsche Politik und Windbranche auf der anderen Seite ihrer Partnerschaft endlich bewusst geworden zu sein. Das holländische Staatsunternehmen garantiert die rechtzeitige und mehr als ausreichende Anzahl der Anschlüsse für die Windparks in der Nordsee ans Festland. Die gemeinsamen Interessen – ob geschäftlich, politisch oder ökologisch motiviert – haben Oberhand gewonnen.

Dabei half offenbar gehörig, dass Deutschland mit den abgespeckten Zielen für den Ausbau der Offshore-Energie den Druck rausgenommen hat. Für TenneT und seine Vertragspartner schafft dies genügend Luft, Geburtskrankheiten der neuen Technologien weit draußen auf dem Meer zu beheben und gleichzeitig für ausreichende Finanzierung zu sorgen.

Allerdings bleibt die Frage erlaubt, warum diese Erkenntnisse so lange brauchten. Mit mehr gutem Willen – und entsprechenden vertraglichen Absicherungen – hätten die Beteiligten viel früher die gesicherten Anschlüsse für den sauberen Windstrom in die Wege leiten können. Jetzt sind ein, zwei, vielleicht sogar drei Jahre verloren – wertvolle Zeit, die nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel fehlt. Auch die gesamte Windbranche und Tausende von Jobs an der Küste leiden unter den Verzögerungen. Für viele kommt das „Geht doch“ leider viel zu spät.

hannover@weser-kurier.de

Abgehängt

Andreas Kölling
zum chinesischen Elektro-Auto

Das aktuelle Angebot der Stromeier mit Stern ist überschaubar: Ein stündhaft teurer Sportflitzer, ein City-Transporter und ein zweiseitiger Kleinwagen, der immer noch gern als Elefanten-Rollschuh verunglimpft wird. Umso mehr verwundert die Premiere im fernen China. Ein Fünf-Sitzer mit akzeptabler Reichweite.

Gerade mal vier Jahre werkelte Daimler zusammen mit dem chinesischen Batterieproduzenten an dem E-Mobil. Peking sorgte für die Standardisierung des Anschlusssteckers, kündigte den Aufbau von Ladestationen an und winkt mit attraktiven Subventionen. Der Denza hat das Potenzial zum Verkaufsschlager.

Bei uns wird er nicht zu haben sein. Nicht mal 6400 E-Mobile wurden vergangenes Jahr in Deutschland zugelassen. So gar im Auto-Zwang Norwegen waren es gut 2000 mehr. Die angekündigte Öffnung innerstädtischer Busspuren für E-Autos ist wohl kaum Anreiz genug, auf Elektroantrieb umzusteigen. Wenn in sieben Jahren eine Million Stromer auf unseren Straßen unterwegs sein sollen, muss mehr passieren. Aufwachen, liebe Politiker, sonst verschlafen wir nicht nur die Energiewende, sondern die E-Mobilität gleich mit.

andreas.koelling@weser-kurier.de

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
unabhängig und überparteilichBremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Silke Hellwig, Peter Bauer (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst: Daniel Killy

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Politik: Joerg Helge Wagner
Online: Volker Pfau · Wirtschaft: Andreas Kölling · Bremen
und Regionalleitung: Peter Voith · Ausbildung: Jürgen
Beermann · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald
Laube · Reise und Vermischtes: Andreas von Müllmann
Red. Projekte: Stefan Dammann · Büro Berlin: Norbert
Holst, Alexander Pitz · Büro Hannover: Peter Mlodoch
Büro Hamburg: Johanna Tyrell

Anzeigen: Stark Kundenservice Center Achim GmbH
verantwortlich: Michael Sulenski

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 27,90 € einschließlich 7% USt. Anzeigenpreise
und -bedingungen nach Preisliste Nr. 68.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30
bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags
von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und
sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen
Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten
Regionalausgabe.

Verlag: Telefon 04 21/ 36 71 0
Telefax 04 21/ 36 71 10 00Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/ 36 71 66 77
Telefax 04 21/ 36 71 10 20

E-Mail: abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr)
Telefon 0800/ 36 71 222**Kostentlos aus dem Festnetz,
Mobilfunktarife können abweichenRedaktion: Telefon 04 21/ 36 71 0
Telefax 04 21/ 32 83 27

E-Mail: redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon 04 21/ 36 71 66 55

Kleinanzeigen Telefax 04 21/ 36 71 10 10

Anzeigen Telefax: 04 21/ 36 71 11 00

E-Mail: anzeigen@bremer-nachrichten.de



Die Hintergründige

Vielleicht hätte ein anderer Name das neue Projekt von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks etwas beflügeln können: Kühlrätetauschprogramm klingt nicht besonders attraktiv. Und so steht die Bundesministerin zwar für effiziente Arbeit, aber auch für Nüchternheit. So richtig kommt sie nicht raus aus dem Hintergrund. Dabei kennt sich Hendricks im politischen Bundes-Alltag bestens aus.

Die Entrüstung war groß. Hatte die Bundesumweltministerin wirklich gesagt, man solle sich im Winter lieber einen Pullover mehr anziehen und weniger heizen? Ja, das hatte sie, eine Temperatur von 20, 21 Grad im Winter sollte doch in der Wohnung ausreichen. Als die Aufregung dann allzu groß wurde – in Internetforen ging es schon um das „Grundrecht auf Heizung“ – ruderte Barbara Hendricks zurück: Das sei ein Beispiel gewesen, sagte sie, und fügte noch beschwichtigender hinzu: „Wir in Mitteleuropa werden wegen des Klimas auf nichts verzichten müssen, was uns wirklich wichtig ist.“

Schade eigentlich, denn Hendricks nimmt man die Sache mit dem dicken Pulli als Aufruf ans Gewissen ab. Sie ist keine Frau der netten Formulierung, die 61-Jährige ist dafür wahrscheinlich zu lange Politikerin im Hintergrund gewesen. Da zählen eben keine schönen Worte, in die Öffentlichkeit musste sie nicht. Dafür kennt sie sich bestens aus mit den Machtzirkeln und dem Alltag in ministeriellen Apparaten. Unter drei Finanzministern war sie Parlamentarische Staatssekretärin: Unter Oskar Lafontaine, Hans Eichel und Peer Steinbrück zwischen 1998 und 2007. Damit ist auch abgehakt, dass sie keine „Neue“ in der Bundespolitik ist. Sie ist nur neu in der ersten Reihe.

Hendricks ist als 20-Jährige in die SPD eingetreten, seitdem begann ihr politischer und langsamer Weg nach oben. Nach ihrem Lehramtsstudium in Geschichte und Sozialwissenschaften arbeitete sie von 1978 bis 1981 als Referentin in der Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion. In dieser Zeit promovierte sie auch zu dem ungewöhnlichen Thema „Die Entwicklung der Margarineindustrie am unteren Niederrhein“.

„Ich bin von ganzem Herzen Niederländerin“, schreibt sie über sich. Auf

ihrer Facebook-Seite sieht man die Stadt Kleve von fern. Man erkennt die Schwannenburg, wenn man sie denn kennt. Das nordrhein-westfälische Kleve ist ihr Heimatort, dort hat sie ein Haus, in dem sie – wenn sie nicht in Berlin ist – mit ihrer Partnerin wohnt.

Beim Berliner Empfang des Weltklimarates in der vergangenen Woche hat Barbara Hendricks ihr beliebtes rotes Jackett an. Den Kopf hat sie immer etwas nach vorne gezogen, zum Lesen setzt sie sich eine Brille auf, klein und schwarz. Unauffällig. Es ist laut im Roten Rathaus, die hohen Decken sind zwar imposant, aber sie lassen nicht nur die Redebeiträge laut werden, sondern auch die unzähligen Gespräche im hinteren Teil des Saals. Schon Hendricks' Vorredner tat sich schwer mit der lauten Geräuschkulisse, Hendricks hingegen scheint es nicht zu stören. Sie bleibt ruhig, professionell spult sie ihre Rede ab. Nicht ganz so abgelesen wie ihr Vorredner, aber auch nicht frei, sondern eher: korrekt. Dann dankt sie fürs Zuhören, zieht den Kragen ihres Jacketts nach oben und geht. Als ihr Nachredner ihr Stärke für ihre Ellenbogen wünscht, weil sie für ihre Arbeit eben Durchsetzungskraft brauche, da lächelt sie. Hendricks legt dabei gerne einen Zeigefinger an die Lippen, was ihr etwas Verschmitztes gibt.

Dass sie impulsiv sei, auch schon mal ausrasten könne, das hört man über sie. Die Vorstellung scheint fern, wenn man sie mit ihrem Team nach ihrer Rede plaudernd zusammenstehen sieht. In Kleve hört man

über Hendricks: Sie sei eine, die das kann, die das Ministeramt verdient habe. Überraschend, dass sie nun Ministerin sei? Nein, auf keinen Fall: die Hendricks, die habe sich das hart erarbeitet.

Das sagten außerhalb von Kleve nur wenige, als feststand, dass Hendricks Bundesministerin werden sollte. Ihre Benennung galt vor allem als Lösung Sigmar Gabriels, der starken SPD in Nordrhein-Westfalen einen Posten

zuzuspielen. Hendricks gilt als Vertraute von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Gut versteht sie sich auch mit Arbeitsministerin Andrea Nahles. Anfang April nahm sie im Bundestag Nahles herzlich in den Arm und gratulierte ihr zur Rede zum Rentenpaket. „So hätten Sie mit Andrea nicht umgehen sollen“, tadelte Hendricks Ende vergangenen Jahres ihre Parteifreunde für das miserable Wahlergebnis für Nahles als Generalsekretärin.

Hendricks redet oft über „anders denken“ und „neue Wege“. Es ist wie mit dem Pullover in der Wohnung: Man nimmt es ihr ab, dass es für Hendricks nicht nur Floskeln sind. Sie hat sich schon für den Schutz der Bienen ausgesprochen und Fracking in Deutschland eine Absage erteilt. Dennoch: Richtig hingengeblieben ist das alles in der Öffentlichkeit nicht.

Dann gibt es da noch diese privaten Geschichten über sie. Und es heißt: Frau Hendricks äußert sich nicht zu dieser und nicht zu jener. Alles, was eben privat ist und nichts mit Politik zu tun hat, kommentiert sie nicht. Zum Beispiel diese „Burning-Barbara“-Geschichte. Hartmut Schauerte, langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter, erzählte vor ein paar Monaten der „Welt“, Hendricks habe ihm Ende der 1980er-Jahre wutentbrannt bei einer abendlichen Diskussion in der NRW-Landtagskantine eine Zigarette auf der Hand ausgedrückt. Seitdem habe sie eben bei manchen Kollegen den Namen „Burning Barbara“. Schauerte fügte dann noch hinzu, er habe Hendricks „trotzdem als seriöse Politikerin kennengelernt, die beharrlich an ihren Themen arbeitet“.

Bundesumwelt-
ministerin
Barbara Hendricks
(SPD) FOTO: DPA

KOMMENTAR

Anomalie

Julius Müller-Meiningen
zum Sozialdienst Silvio Berlusconi

Mit Gerechtigkeit hat die Entscheidung der Mailänder Richter nichts zu tun, eher mit falscher Rücksichtnahme auf eine brisante politische Situation. Ein Jahr lang, bei guter Führung vielleicht nur zehn Monate, wird der 77 Jahre alte Senior einmal in der Woche vier Stunden lang hilfsbedürftige Senioren betreuen. Diese Strafe wirkt auf den ersten Blick ebenso mild wie absurd.

Hält der psychisch und physisch angeschlagene Berlusconi weiter durch, bedeutet die Entscheidung der Mailänder Richter keineswegs das Ende seiner politischen Karriere. Im Frühjahr 2015 erhält Berlusconi, der eine Vollstreckung seiner Strafe wegen Steuerbetrugs im Hausarrest befürchtet hatte, seine politische und persönliche Bewegungsfreiheit komplett zurück. Schon jetzt haben ihn die von ihm neuerdings als „Mafia“ und seit Jahrzehnten als „Kommunisten“ beschimpften Richter mit Samthandschuhen angefasst. An drei Tagen pro Woche kann Berlusconi – wie von ihm beantragt – nach Rom reisen und sich um seine im Umfragetief stekende Partei „Forza Italia“ kümmern. Vielleicht darf er sich sogar mit Videobotschaften oder gar höchstpersönlich im Wahlkampf zur Europawahl engagieren.

Die Entscheidung der Richter ist die Folge einer italienischen Anomalie. In Italien werden Gerichtsurteile nicht im Grundvertrauen auf eine in Einzelfällen möglicherweise irrende, aber in ihrer Gesamtheit vertrauenswürdige Justiz akzeptiert. Richter werden in der Öffentlichkeit oft – und in Einzelfällen zu Recht – als politisiert dargestellt. Berlusconi hat diese Interpretation der Wirklichkeit mit Hilfe seines Medienimperiums perfektioniert. Aus dieser Verzerrung der Tatsachen speist sich auch nach wie vor ein Teil der Zustimmung für ihn, weil er nach seiner Lesart von linken Richtern politisch aus dem Spiel genommen worden sei.

Auch die Mailänder Richter sind nun auf ihre Weise Opfer der italienischen Verhältnisse geworden. In einer funktionierenden Demokratie würde ein verurteilter und anschließend zurückgetretener politischer Führer abgelöst. politik@weser-kurier.de

PRESSESTIMMEN

Trierischer Volksfreund

zur Feinstaubbelastung: „Wozu eigentlich der ganze Zinnober mit Umweltzonen, Einfahrverboten, den teuren Nachrüstungen von Autos und dem leidigen Plakettenkauf, wenn die Feinstaubbelastung in deutschen Städten trotzdem zum Teil extrem hoch ist? Für die Kritiker dieser Maßnahmen dürften die Daten des Umweltbundesamtes Wasser auf die Mühlen sein. Doch konsequenterweise muss man dann auch die Gegenfrage stellen: Wie hoch wäre die Belastung der Luft mit den gesundheitsgefährdenden Feinstaubpartikeln wohl, wenn es die Regelungen nicht gäbe?“

HEILBRONNER
STIMME

zu Rüstungsexporten: „Kampfpanzer nach Katar, U-Boote nach Israel, Hauptstützen nach Indien – von solchen Geschäften erfährt der Bundestag immer erst hinterher. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will die offizielle Schweigespirale nun beenden und schlägt vor, bereits sogenannte Vorfragen der Rüstungsindustrie, die vom Bundessicherheitsrat genehmigt werden, zu veröffentlichen. Das wäre ein vernünftiger Schritt, um das Misstrauen gegenüber der bisherigen Praxis abzustellen. Ob diese Idee in der Koalition mehrheitsfähig ist, muss sich allerdings erst noch zeigen.“

LANDESZEITUNG

zum Terror in Nigeria: „Zwanzig Jahre nach dem Völkermord in Ruanda über-sieht (die Weltgemeinschaft) erneut ein Drama in Afrika. Dieses Mal aber nicht in einem kleinen, isolierten Land, sondern in Nigeria, nicht nur dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, sondern seit wenigen Tagen auch dessen größte Volkswirtschaft. Islamistische Terroristen der „Boko Haram“, was so viel heißt wie „Ohne Bücher“, ziehen seit Jahren eine Blutspur durch den Nordosten. (...) Der Regierung fehlt es an Willen und Kraft, die Probleme ihres zerrissenen Landes anzupacken. Nigeria zeigt viele Merkmale eines taumelnden Staates.“